

1 2012

news

**manroland 1**

Ein Interview mit der BR-Vorsitzenden Alexandra Roßel zur Situation am Offenbacher Werk

**Landkreise 2**

Berichte aus den Landkreisen. Was passiert gewerkschaftlich in deinem Landkreis und wie kannst du mitmachen.

**DGB Jugend 4**

Infos zu den Aktivitäten der DGB Jugend in der Region. Hinweise zum Service der Gewerkschaften.

## manroland

### Ein Interview mit der BR-Vorsitzenden Alexandra Roßel

*Es gibt einen Investor für manroland Offenbach. Der Standort bleibt erhalten. Haben sich die Anstrengungen der letzten Monate gelohnt?*

Auf der einen Seite kommt es immer darauf an aus welchem Blickwinkel man das sieht. Aus dem Blickwinkel, derer die das Unternehmen verlassen mussten, sicher so, dass sie die Verlierer waren. Aber natürlich hat sich der Kampf gelohnt. Wir haben 824 Arbeitsplätze und 93 Ausbildungsplätze erhalten. Vor der Insolvenz gab es Pläne, nach denen wären am Standort nur 160 Arbeitsplätze erhalten geblieben.

*Wäre es ohne die vielen Aktionen anders gekommen?*

Ohne unsere Aktionen wäre nichts passiert, kein Geld von den Alteigentümern, so konnten wir mit den 24 Millionen von Allianz und MAN eine Transfergesellschaft finanzieren. Wir haben sehr viel Unterstützung erfah-

ren, insbesondere vom OB Horst Schneider, der SPD, den Grünen und die Linken, die auch persönlich hier im Betrieb waren (Thorsten Schäfer-Gümbel, Tarek Al Wazir, Janine Wissler) oder auch der Aktion vom OFC mit den Freikarten und der Ansprache im Stadion. Hierfür möchten wir uns auch bei allen noch einmal bedanken. Hier haben auch im Hintergrund immer die guten Beziehungen der IG Metall eine große Rolle gespielt.

*Jetzt im Rückblick: Was ist in den letzten Monaten gut gelaufen? Was ist nicht so gut gelaufen?*

Der Zusammenhalt war gut, die Aktionen waren oft kurzfristig, aber immer mit großer Beteiligung der Betroffenen.

*Was passiert jetzt gerade bei manroland? Was macht Langley? Habt ihr als BR schon mit ihm gesprochen?*

In der vergangenen Woche hat Mr. Langley zu einer Mitarbeiter-Info eingeladen, in der er mit knappen Sätzen die ganze Mannschaft begeisterte. Besonders der Satz „Ich bin ein Roländer“ sorgte für viel Applaus. Die Freigestellten und die 1. Bevollmächtigte der IG Metall hatten mittlerweile ein persönliches Gespräch mit Herrn Langley und dem neuen Geschäftsführer Herr Rothländer. Derzeit versucht sich der Investor einen Überblick über alles zu verschaffen. Die Belegschaft versucht so gut es geht, die Arbeit zu organisieren. Aber natürlich ist es trist, wenn man in die leeren Hallen blickt und nichts mehr ist wie es mal war. Wir müssen nach vorne schauen, und nicht mehr nach hinten. So hat es Langley auch auf der Mitarbeiterversammlung gesagt und nur gemeinsam können wir erfolgreich sein. Er hat bestätigt, dass auch er und Hr. Rothländer eine gute Zusammenarbeit mit IG Metall und Betriebsrat wollen. Die Gekündigten sind in der PRM als Transfergesellschaft. Wir unterstützen sie in dem wir alle Stellenangebote die bei uns als Betriebsrat bzw. bei der Personalabteilung eingehen, direkt dorthin weiterleiten. Wir informieren alle Mitglieder, die ausgeschieden sind, mit allen wichtigen Informationen.

# Landkreise

## Main-Kinzig

### Norma verbindet – Aktion zum Gedenktag Todesopfer rechter Gewalt

Die schrecklichen Taten der Zwickauer Terrorzelle sind ein Schock und zugleich ein Weckruf für alle Menschen in dieser Republik. Die Ereignisse machen auf dramatische Art und Weise deutlich, dass rechts-extreme Bestrebungen hart bekämpft werden müssen und eine rechte Gesinnung niemals relativiert werden darf. Sie ist menschenverachtend und mit unserer demokratischen Grundhaltung nicht vereinbar.

Dies machte auch die Belegschaft von Norma Germany am 23.02. in Maintal deutlich. Mit einer Menschenkette verbanden die Kolleginnen und Kollegen ihre drei Werke in Maintal und hielten für eine Minute in Gedenken an die Opfer inne. Für den BR-Vorsitzende und gleichzeitig Vorsitzender des DGB Main-Kinzig Klaus Ditzel steht die Norma-Belegschaft für kulturelle Vielfalt und ein friedliches Zusammenwirken aller Menschen unabhängig ihrer Herkunft.

„Bei Norma ist für Rassismus und Nazis kein Platz“, so Ditzel.

## Fulda

### 1. Politischer Aschermittwoch von Arbeit und Leben in Fulda

Am 22. Februar fand im Museumskeller der 1. Politische Aschermitt-

woch von Arbeit und Leben in Kooperation mit attac und dem DGB Kreisverband Fulda statt. Mit einem Referat von Werner Rätz (attac) und anschließender Diskussion näherte man sich der Fragestellung „Ist das Ende des unbegrenzten Wirtschaftswachstums auch zwingend das Ende des Neoliberalismus und der Verelendung der Gesellschaft?“.

Dabei wurde über die Fragen zu Europa, der Schuldenkrise im Zusammenhang mit den Problemen Griechenlands und hier speziell das massive Eingreifen der Troika, der EU auf die Löhne, die Zerstörung der Tarifverträge und das radikale Absenken der Renten gesprochen. Weiterhin forderten die Teilnehmer die Daseinsvorsorge vor Privatisierung zu schützen, eine Reprivatisierung öffentlicher Dienste, die Rekommunalisierung sowie die Sicherung der GKV, GRV über eine Bürgerversicherung, eine bessere Bildung und einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle.

Kollege Rätz stellte nochmals dar, dass alles finanziert werden kann. Eine sofortige Umverteilung von oben nach unten, über eine Vermögenssteuer bzw. eine Anhebung des Spitzensteuersatzes wäre wenn politisch gewollt möglich. Noch wichtiger findet er eine breite gesellschaftliche Debatte, wie das gute Leben des Einzelnen aussehen könnte. Welche Güter und Dienstleistungen, brauchen wir und wie wollen wir sie produzieren? Wie können wir ein Leben im Einklang mit der Natur und nicht gegen sie entwickeln. Wir leben in einer Gesellschaft, die über Reichtum in niemals gekannter Größe (ca. 200 Billionen Dollar Finanzvermögen) verfügt. Das gilt durchaus weltweit.

Die Mittel, um allen Menschen ein halbwegs ordentliches Leben zu sichern sind vorhanden. Ernährung, Basisgesundheitsversorgung, Schulbildung, Wohnung und Mobilität für alle sind mit den vorhandenen Mitteln durchaus organisierbar.

## Offenbach (Stadt und Land)

### Bunt statt Braun

Rund 450 Menschen haben am 23.02. in Offenbach gegen rechte Gewalt und Rassismus und für ein Zusammenleben in Vielfalt demonstriert. Mit Kerzen und Fackeln zogen sie durch die Innenstadt, um an die Opfer der Zwickauer Terrorzelle zu erinnern. „Ich bin stolz darauf, dass dies die einzige Veranstaltung dieser Art in Hessen ist“, sagte OB Horst Schneider.

An die hessischen Opfer der Terrorzelle, Enver Simsed und Halit Yozgat, erinnerte Stefan Körzell, DGB-Landesvorsitzender. „Dass solche Morde in Deutschland geschehen können, ist beschämend.“ Unter dem Beifall der Zuhörer forderte der Gewerkschafter deshalb ein Verbot der NPD und aller neofaschistischer Organisationen.

Aufgerufen hatte ein Aktionsbündnis aus Bürgern, Vereinen, Institutionen, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften, Kommunen und Ausländerbeiräten aus Stadt und Kreis Offenbach.

### Privatisierung Klinikum

„Es ist das gemeinsame Ziel der Koalition, die kommunale Trägerschaft und die höchste Versorgungsstufe

# Landkreise

des städtischen Klinikums im Interesse unserer Bevölkerung zu erhalten.“ So steht es im Koalitionsvertrag und so wollen es auch die Oppositionsparteien im Offenbacher Stadtparlament. Bereits zweimal wurde das Eigenkapital des Klinikums um je 30 Mio. Euro aufgestockt, um eine drohende Insolvenz abzuwenden. Im August 2011 hat der Magistrat als Gesellschafter des Klinikums, einem Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Berliner Kliniknetzwerk Vivantes GmbH zugestimmt. Unter der Leitung von Franziska Mecke-Bilz sollten Konzepte entwickelt werden, die das wirtschaftliche Ergebnis verbessern. Das Sanierungskonzept sieht einen Abbau von 300 Vollkräften vor, unter Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Weiter eine Reduzierung der Sachkosten und umfassende Strukturveränderungen. Der Betriebsrat ist in die Sanierungsmaßnahmen eingebunden.

Am 26. Januar hat der Regierungspräsident die Stadt Offenbach aufgefordert, die Möglichkeiten eines Verkaufs zu untersuchen. Am 01. März hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, ein Markterkundungsverfahren und einen Konzeptwettbewerb für die Klinikum Offenbach GmbH durchzuführen.

Die Kolleginnen und Kollegen im Klinikum hoffen, dass das im Koalitionsvertrag erklärte Ziel erreicht wird, nicht zuletzt wegen des Thesenpapiers von Sozialminister Grüttner zur Situation von Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft. Es enthält Handlungsoptionen, wie kommunale Krankenhäuser gesellschaftsrechtlich miteinander zu verbinden sind und so die kommunale Trägerschaft erhalten bleiben kann.

## Wetterau

### Nazi in Friedberger Bürgerbüro

In einer Pressemitteilung forderte der DGB Wetterau Anfang Februar den Friedberger Bürgermeister Michael Keller (SPD) auf, »ein engagiertes Vorgehen« gegen einen Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu zeigen, dem enge Kontakte in die rechtsextreme Szene nachgesagt werden. Besonders problematisch war der Einsatz dieses Mitarbeiters im Bürgerbüro, von wo aus er Zugriff zu sämtlichen Einwohnerdaten hatte. Für den DGB-Vorsitzenden Bernd Benölken erschien dies vor dem Hintergrund der NSU-Morde wie ein makaberer Scherz und er erinnerte in diesem Zusammenhang an die NPD-Aufmärsche im August und November 2009 in Friedberg, die mit Hilfe breiter Bürgerbündnisse verhindert werden konnten, welche auch von Herrn Keller und der Stadt Friedberg tatkräftig unterstützt wurden.

Wie sich herausstellte, hatte Herr Keller aufgrund des bereits im Januar einsetzenden Medieninteresses, das entsprechenden öffentlichen Druck erzeugte, zwischenzeitlich bereits gehandelt und den rechtslastigen Mitarbeiter in eine andere Abteilung ohne Zugriff auf persönliche Daten versetzt. Die Entlassung dieses Mitarbeiters aufgrund der Zugehörigkeit zur nicht verbotenen NPD sah Keller aber als arbeitsrechtlich nicht gerechtfertigt, weshalb er auf diesen Schritt verzichtete.

Entgegen der anfänglichen Behauptungen, sich mittlerweile von der rechten Szene distanziert zu haben, gab der rechtsradikale Mitarbeiter der Stadt Friedberg mittlerweile aber zu erkennen, dass er immer noch NPD-Mitglied sei. Auch seine anwaltliche Vertretung, die in der rechten Szene als Redner und Publizist bekannt ist, spricht nicht für einen deutlichen Bruch mit dem Rechtsradikalismus.

## Termine

### Main-Kinzig

#### Was geschieht mit unseren Wohnungen? – Der Verkauf der Nassauischen Heimstätte

Diskussionsveranstaltung | 13.03., 19:00Uhr | Kolleg Maintalhalle Dörningheim | Berliner Straße 64 (Eingang in die Gaststätte Eulenpub)

#### Finanz-, Weltwirtschafts- und Eurokrise aus gewerkschaftlicher Sicht

GEW Informationsveranstaltung | 20.03., 16:00 Uhr | Berufliche Schulen Gelnhausen Raum | Graslitzer Str. 2-8 | Raum V 3

### Fulda

#### Bildungssituation in Hessen

Diskussionsveranstaltung | 14.03., 18:00 Uhr | Kolpinghaus | Goethestraße 13 | 36043 Fulda

### Offenbach

#### Ein Jahr nach der Schuldenbremse: Auswirkungen und Lösungsansätze

Diskussionsveranstaltung | 13.03., 18:30 Uhr | Bieberer Str. 39 (ver.di) | Offenbach

#### Bunt statt braun

Bündnistreffen | 12.03., 19:00 Uhr | Freundschaftsverein Türkei | Sprendlinger Landstr. 38. | Offenbach

### Wetterau

#### Ein Jahr nach der Schuldenbremse.

Diskussionsveranstaltung mit Landrat Arnold | 27.06., 19 Uhr | Stadthalle Friedberg

# Service

## DGB Jugend

### 17.03.2012 Fachtag „Ihr seid nicht ausbildungsreif!“

10.45 – 17.00 Uhr, Werner-Heisenberg-Schule, Rüsselsheim

In regelmäßigen Abständen monieren Unternehmen und Medien die mangelnde Ausbildungsreife der Jugendlichen. So titelte der Stern im letzten August: „Wirtschaft kann über 60.000 Lehrstellen nicht besetzen“ und die BILD fragte „Sind unsere Azubis zu blöd?“ Dass aber ausgerechnet die Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben, die wegen Überstunden, zu wenig Geld und schlechter Ausbildungsqualität unbeliebt sind, wird dabei oft verschwiegen. Unerwähnt bleibt auch, dass die Lage auf dem Ausbildungsmarkt alles andere als in Ordnung ist. Was ist dran am Vorwurf der angeblich mangelnden Ausbildungsfähigkeit von Bewerber\_innen? Wie hängt sie mit der Situation auf dem Ausbildungsmarkt zusammen? Wie ausbildungsfähig sind eigentlich die Unternehmen in Hessen und Thüringen? Welche betrieblichen und gewerkschaftlichen Beispiele gibt es für eine gute Ausbildung für alle?

Der Fachtag hat das Ziel, die Diskussion um die Ausbildungsreife kritisch zu hinterfragen und zu formulieren, wie die Unternehmen aus Sicht der Gewerkschaftsjugend ausbildungsfähig werden. Der Fachtag richtet sich an Kolleg\_innen, die im Betrieb, in der Berufsschule, in ihrer Gewerkschaft oder in Ausschüssen der Kammern mit der Ausbildung zu tun haben oder sich für Fragen der Ausbildungsfähigkeit und Qualität interessieren.

## Teamer\_innen- Qualifizierungsseminar in Naumburg

Auch in diesem Jahr haben engagierte junge Gewerkschafter\_innen am Seminar „Politische Grundlagen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit“ teilgenommen. Eine Woche verbrachten die Teilnehmer\_innen in der Ver.di-Jugendbildungsstätte in Naumburg, um gemeinsam über Aufgaben und inhaltliche Positionen der Gewerkschaften zu diskutieren, sich mit politischer Ökonomie auseinanderzusetzen und sich mit Jugend- und Auszubildendenvertretern aus dem VW-

Werk in Baunatal über die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen auszutauschen. Den Höhepunkt der Woche stellte die Werksbesichtigung bei VW in Baunatal dar. Insgesamt konnten die Jugendlichen aus diesem Seminar viele neue Erkenntnisse mitnehmen die sie in ihrer praktischen gewerkschaftlichen Arbeit gut einsetzen können.

Falls du auch Interesse hast, an Seminaren der Gewerkschaftsjugend teilzunehmen, kannst du dich gern an folgende Email-Adresse wenden:

[tobias.huth@dgb.de](mailto:tobias.huth@dgb.de)

## § Recht so!

### Gleiches Geld für gleiche Arbeit

Das Arbeitsgericht Hanau hat in seinem Urteil Az 3Ca319/10 auf Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) einer durch den DGB Rechtsschutz Hanau vertretenen Laborantin eine nicht unerhebliche Gehaltsnachzahlung zugesprochen.

Der DGB Rechtsschutz machte geltend, dass die Vergütung der Kollegin nicht der Bezahlung vergleichbarer (männlicher) Arbeitskräfte entspreche. Dies sah auch das Gericht so. Aufgrund des nahezu identischen Aufgabenbereichs konnte nur das unterschiedliche Geschlecht Anknüpfungspunkt für die unterschiedliche Behandlung sein. Einen entsprechenden Gegenbeweis i.S.d. § 1 AGG konnte der Arbeitgeber nicht liefern.

Somit konnte die Kollegin gem. § 7 I i.V.m. § 1 AGG die Nachzahlung von monatlich gut 320,- € – rückwirkend für 21 Monate – verlangen.

Sich wehren lohnt sich! Gewerkschaftsmitglied sein auch!